



Folge der Trockenheit: Zuletzt brannte in Brandenburg Wald auf einer Fläche von 800 Hektar.

CHRISTOPH SOEDER/DPA

Die Wälder leiden

Viel zu wenig Regen, heftige Stürme und Schädlingsbefall: Forstbesitzer und Experten warnen vor dramatischen Folgen des Klimawandels. Verbände fordern von Bund und Ländern finanzielle Hilfen, um widerstandsfähigere Gehölze zu pflanzen / Von Joachim Wille

Waldbrände bereits im Frühjahr – ein ungewöhnliches Ereignis. Im Land Brandenburg standen Mitte voriger Woche rund 800 Hektar Wald in Flammen – eine Größe von über 1000 Fußballfeldern. Das ist mehr als die Fläche, die normalerweise im ganzen Bundesgebiet jährlich von Waldbränden betroffen ist – im Schnitt gut 500 Hektar. Es seien die größten Brände seit den 1970er Jahren in Brandenburg gewesen, hieß es. Der Brandgeruch aus dem betroffenen Landkreis Teltow-Fläming habe zeitweise sogar das Berliner Regierungsviertel erreicht, berichtete der Umweltpolizeiter der Linken, Ralph Lenkert.

Inzwischen sind die Brände auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz gelöscht – auch dank des Regens, der Ende letzter Woche einsetzte. Die „Großschadenslage“ ist aufgehoben.

Der Klimawandel überfordere die Forst-Monokulturen zusehends, urteilte der Linken-Abgeordnete und forderte einen ökologischen Waldumbau. Das heißt: Statt herkömmlicher „Holzäcker“ mit Nadelbäumen soll Laubmischwald gepflanzt werden, der mehr Wasser speichert und resistenter gegen Wetterkapaden ist. „Dass die Menschen in der Bun-

deshauptstadt im brütenden Sommer aufgefordert werden müssen, Fenster und Türen geschlossen zu halten, wird bald zur Normalität gehören, wenn wir nicht ökologisch gegensteuern“, warnte Lenkert.

Tatsächlich steht es alles andere als gut um den deutschen Wald. Die Forstbesitzer schlagen Alarm: Sie befürchten in diesem Jahr eine weitere Zuspitzung bei den Schäden in den Forsten, die nach dem Hitzesommer 2018 unter Trockenheit und starkem Schädlingsbefall leiden – vor allem den Borkenkäfer-Attacken.

„Die Situation ist so dramatisch wie beim Waldsterben in den 1980er Jahren“, sagte der Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrats (DFWR), Georg Schirmbeck, der Frankfurter Rundschau. Damals hatten hohe Schwefel- und Stickoxid-Emissionen aus Kohlekraftwerken, Industrie, Heizungen und Verkehr die Waldschäden ausgelöst. Die Politik reagierte, indem sie Schwefelfilter für die Kohleleimer und Auto-Katalysatoren vorschrieb.

Schirmbeck sagte, heute bedrohten der Klimawandel und seine Folgen die deutschen Wäl-

der zunehmend in ihrer Existenz. Waldbesitzer und Forstleute in Deutschland und ganz Europa bekämen die Auswirkungen der Erwärkung unmittelbar und immer stärker zu spüren. „Das herrschende Klimaszenario könnte zum Verlust der Wälder und vertrauter Landschaften führen. Und wir müssen uns darauf einstellen, dass die wertvollen Ökosystem-Funktionen der Wälder in Mitleidenschaft gezogen werden“, sagte der Ratspräsident. Sein Verband schätzt, dass von den gut eine Milliarde Setzlingen aus den vergangenen drei Jahren mehr als

ein Drittel aufgrund der Dürre im Sommer 2018 und der geringen Niederschläge in den ersten Monaten dieses Jahres vertrocknet ist. Alleine die Nachpflanzung koste die Waldbesitzer mehr als eine halbe Milliarde Euro, sagte Schirmbeck.

Den finanziellen Schaden für die Waldbesitzer schätzt der DFWR auf mehrere Milliarden Euro. Ähnlich dramatisch sieht der Bund der Forstleute (BDF) die Lage. Er forderte unlängst sogar einen „Marshallplan“ in Höhe von fünf Milliarden Euro, um die Beseitigung der Schäden und den Waldumbau zu finanzieren.

Nicht alle Experten sehen die Lage im deutschen Wald so dramatisch. Der Direktor der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, Professor Hermann Spellmann, meinte jüngst auf einer Tagung, der Trockensommer 2018 habe „kein neues Waldsterben“ eingeleitet. Der Klimawandel führe zwar zu veränderten „Produktionsgrundlagen“ in den Wäldern, doch die Forstwirtschaft habe geeignete Instrumente, um sich anzupassen – etwa durch besagten Waldumbau. „Aktivismus und Panikmache“ seien nicht angebracht.

Die Waldbauern hoffen, die Forsten widerstandsfähiger zu machen, indem sie Nadelholz-Bestände, die derzeit noch rund 56 Prozent der Waldfläche ausmachen, zunehmend durch heimischen Laubmischwald, aber auch durch wärmetolerantere Importe wie nordamerikanische Douglasien, Küstentannen und Rotieichen ersetzen – letzteres ist eine in der Fachwelt allerdings nicht unumstrittene Maßnahme.

Klar ist jedenfalls: Die Witterung in diesem Frühjahr hat dem

gestressten Wald bisher nicht ausreichend Entspannung gebracht. Der Mai war nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes zwar der erste „zu kühle“ Monat nach 13 Monaten in Folge mit überdurchschnittlichen Temperaturen. Auch fiel verbreitet viel Regen. Doch die Niederschläge reichten bei weitem nicht aus, um das Defizit in tieferen Bodenschichten aufzufüllen. Schirmbeck: „Wenn sie zehn Zentimeter in die Walderde graben, ist es dort absolut trocken.“ Um das Defizit auszugleichen und die Bäume vor zusätzlichem Trockenstress zu schützen, müsse es quasi mehrere Wochen lang regnen. Das sei derzeit nicht in Sicht.

Der DFWR-Präsident schloss sich der satten Fünf-Milliarden-Forderung des Forstleute-Bundes zwar nicht an. Er appellierte allerdings an Bund und Länder, die Finanzhilfen gerade für besonders betroffene Waldbesitzer mit kleineren Flächen zu erhöhen, die den Waldumbau wegen der niedrigen Einnahmen aus dem Holzverkauf alleine nicht bewältigen könnten.

In Deutschland gibt es rund zwei Millionen Waldeigentümer, davon rund 96 Prozent mit vergleichsweise kleinen Flächen unter 20 Hektar. Der Bund stellt bisher nur 25 Millionen Euro zusätzlich zur Bewältigung der Waldschäden zur Verfügung, gestreckt über fünf Jahre. Das sei viel zu wenig, meinte Schirmbeck. „Da lohnt sich das Antragstellen nicht.“

Umweltschützer freilich fordern, höhere Hilfen an Bedingungen zu knüpfen. Die Waldbesitzer müssten verpflichtet werden, naturnah zu wirtschaften und tatsächlich nur standortangepasste Bäume zu pflanzen, heißt es dazu bei Greenpeace. Zudem müsse die CO₂-Speicherfunktion der Wälder gestärkt werden. Die Waldbesitzer sollten gesunde Bäume erst später einschlagen, damit sie mehr Holzmasse bilden und damit zusätzlich Kohlenstoff aus der Atmosphäre einlagern können. Heute würden viele Bäume gefällt, bevor sie die Hälfte ihres normalen Lebensalters erreichen. „Das ist in Zeiten des Klimawandels die falsche Strategie“, sagte Greenpeace-Experte Christoph Thies der FR.

Der DFWR-Präsident schloss sich der satten Fünf-Milliarden-Forderung des Forstleute-Bundes zwar nicht an. Er appellierte allerdings an Bund und Länder, die Finanzhilfen gerade für besonders betroffene Waldbesitzer mit kleineren Flächen zu erhöhen, die den Waldumbau wegen der niedrigen Einnahmen aus dem Holzverkauf alleine nicht bewältigen könnten.

Umweltschützer freilich fordern, höhere Hilfen an Bedingungen zu knüpfen. Die Waldbesitzer müssten verpflichtet werden, naturnah zu wirtschaften und tatsächlich nur standortangepasste Bäume zu pflanzen, heißt es dazu bei Greenpeace. Zudem müsse die CO₂-Speicherfunktion der Wälder gestärkt werden. Die Waldbesitzer sollten gesunde Bäume erst später einschlagen, damit sie mehr Holzmasse bilden und damit zusätzlich Kohlenstoff aus der Atmosphäre einlagern können. Heute würden viele Bäume gefällt, bevor sie die Hälfte ihres normalen Lebensalters erreichen. „Das ist in Zeiten des Klimawandels die falsche Strategie“, sagte Greenpeace-Experte Christoph Thies der FR.

Fünf neue Bahn-Projekte

Scheuer-Ministerium billigt Planungen / Die Grünen üben harsche Kritik: „zu wenig“

VON RASMUS BUCHSTEINER

Das Bundesverkehrsministerium hat nach Gesprächen mit der Bahn grünes Licht für die Planung von fünf neuen Schienenprojekten gegeben. Das geht aus der Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt.

Demnach soll nun unter anderem mit den Planungen für die Strecke zwischen Regensburg und Mühldorf in Bayern begonnen werden. Zu den neu zu planenden Projekten zählt auch der Knoten Hannover. Dabei geht es konkret um den Neubau eines Verbindungs- und eines Durchfahrgeleises in Lehrte sowie ein zusätzli-

che Gleis 15/16 im Hauptbahnhof Hannover. Außerdem vorgesehen sind Planungen für den Knoten Köln, konkret den Ausbau des Abzweigs Flughafen bis Köln-Steinstraße. Grünes Licht gibt es auch für die Planungen zum Ausbau der „Gäubahn“ in Baden-Württemberg für den Güterverkehr und einige Teilvorhaben am Knoten Hamburg. Bei allen diesen Projekten geht es um Vorplanungen mit dem Ziel eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses. Eine Finanzierungszusage des Bundes besteht dabei noch nicht. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Planungen für den Ausbau der Strecke Hannover-Bielefeld-Hamm zur Hochgeschwindigkeitsstrecke („300 km/h“) auch in diesem Jahr konkret begonnen

werden können. Nach Klärung offener Punkte“ gilt das Projekt als möglicher Nachrücker. Die Entscheidungen gehen zurück auf die so genannte „Fulda-Runde“ – eine alljährliche Besprechung zwischen Bundesverkehrsministerium und Bahn.

Die Grünen halten die Projektentscheidungen des Bundesverkehrsministeriums nicht für ausreichend. „Für ganze fünf Teilprojekte zum Ausbau des Schienennetzes will Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in diesem Jahr grünes Licht geben, so dass demnächst die Planungen starten könnten. Das ist eindeutig zu wenig, um verkehrspolitische Ziele, wie die Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis 2030, zu erreichen“, sagte Grünen-Bahnxperte

Matthias Gastel dem RND. „Und es ist völlig unzureichend, um die Schiene zum Rückgrat der Verkehrswende zu machen.“

Erforderlich sei „eine Investitionsoffensive beim Neu- und Ausbau von Schienenwegen“, wenn es die Bundesregierung mit ihren bahnpolitischen Bekenntnissen ernst meine. „Nur wer jetzt die Planungen für zusätzliche Kapazitäten im Schienennetz anschiebt, kann in den 30er Jahren ausgebaut und neue Strecken in Betrieb nehmen“, sagte Gastel.

Von steigenden Investitionen, einem Ausbau der Planungskapazitäten und personeller Verstärkung des Eisenbahn-Bundesamts sei in den bisherigen Planungen für den Bundeshaushalt 2020 jedoch nichts zu erkennen.

LIEFERSTOPP FÜR ICE 4

Seit dem Wochenende muss die Deutsche Bahn wegen des Lieferstopps für den neuen ICE 4 umdisponieren. Eigentlich waren ab dem kleinen Fahrplanwechsel am Sonntag zusätzliche ICE-4-Leistungen vorgesehen, wie eine Bahnsprecherin sagte. Diese würden nun durch andere Fahrzeuge ersetzt. Konkretere Angaben machte sie nicht. Damit müssen Fahrgäste länger auf neue Züge des Flaggschiffs im Fernverkehr warten, das mehr Sitzplätze und mehr Komfort verspricht.

Vor zwei Monaten hatte die Bahn die Auslieferung der neuen Züge gestoppt. An den Wagen waren fehlerhafte Schweißnähte entdeckt worden. Die bis dahin ausgelieferten 25 Züge fahren aber weiter. Nach Auskunft der Bahn, der Hersteller und von Gutachtern

gebe es kein Sicherheitsrisiko, antwortete der Bahnbeauftragte der Bundesregierung, Enak Ferlemann, auf eine Anfrage der FDP-Fraktion. „Die Fahrzeuge können weiter betrieben werden“, betonte der Staatssekretär. Fehlerhafte Schweißnähte finden sich demnach im Mittelteil eines Untergestells der Wagen. Betroffen seien Schweißverbindungen an Stahlträgern – sogenannten Lang- und Mittenträger sowie Hauptquerträger am Wagenende.

Eine Lösung für das Problem gibt es offenkundig noch nicht. Man habe die Hersteller aufgefordert, schnellstmöglich ein mit dem Eisenbahnbundesamt abgestimmtes Ausbesserungskonzept für die betroffenen Wagen vorzulegen“, hieß es bei der Bahn. dpa

SANIERUNG

Streckensperrung

Hannover - Göttingen

So sieht die Umleitung vom 11. Juni bis 14. Dezember 2019 aus (geplant)



Quelle: dpa/Deutsche Bahn

Ein Cent für dünne Plastiktüten

Aldi setzt mit symbolischem Preis ein Zeichen im Kampf gegen Müll

Der Discounter Aldi schafft die kostenlosen Obst- und Gemüsebeutel aus dünnem Plastik ab. Wer bei dem Billiganbieter beim Einkauf von Äpfeln, Birnen oder Tomaten nicht auf den sogenannten Knotenbeutel verzichten will, muss dafür vom Sommer an einen Cent pro Stück zahlen, wie das Unternehmen am Dienstag ankündigte.

Zuvor hatte die „Süddeutsche Zeitung“ darüber berichtet. Bisher bieten die großen Lebensmittelhändler die dünnen Kunststoffbeutel in ihren Obst- und Gemüseabteilungen in der Regel noch kostenlos an. Der Hintergrund des Aldi-Schritts: In den vergangenen Jahren ist zwar der Verbrauch an „klassischen“ Plastiktüten in Deutschland deutlich zurückgegangen, weil sie kaum noch umsonst abgegeben werden. Der Verbrauch an den sogenannten Knotenbeuteln, wie sie an den Obsttheken ausliegen, hat sich dagegen kaum verringert, wie das Bundesumweltministerium kürzlich mitteilte.

Laut neuen Zahlen wurden im vergangenen Jahr in Deutschland mehr als drei Milliarden der sogenannten Knoten- oder Hemd-

chenbeutel verbraucht. Das entspricht im Schnitt 37 Stück pro Verbraucher. Das ist zwar etwas weniger als 2017, aber mehr als in den Jahren 2015 und 2016. Grund ist unter anderem, dass Kunden ihre Einkäufe in die kostenlosen Knotenbeutel packen, seitdem Kunststoff-Tragetaschen kostenpflichtig sind.

Aldi hofft nun, dass andere Händler ebenfalls eine Abgabe auf die Beutel verlangen. „Wir würden uns freuen, wenn andere Händler mitziehen“, sagte Kristi-

na Bell, die im Einkauf von Aldi Süd für Qualitätssicherung und Unternehmensverantwortung zuständig ist.

Die Supermarktkette Real hat bereits angekündigt, die Beutel bis 2020 durch Papier ersetzen zu wollen. Aldi plant, die kostenpflichtigen Knotenbeutel vom Sommer an aus Bioplastik fertigen zu lassen. Als Alternative zu Hemdenbeuteln will der Discounter zudem ab Herbst wiederverwendbare Netze für Obst und Gemüse verkaufen. dpa/afp



Auch Aldi will jetzt wiederverwendbare Mehrwegnetze anbieten. ALDI

Anschluss verloren

Deutsche Konzerne verzeichnen Gewinnrückgang

Die deutschen Großkonzerne verlieren einer Studie zufolge beim Umsatz- und Gewinnwachstum den Anschluss an die Weltspitze. In den USA konnten die größten Unternehmen im vergangenen Jahr ihren Umsatz um durchschnittlich neun Prozent steigern, Asiens Großunternehmen schafften ein Wachstum von 8,4 Prozent. Im europäischen Schnitt betrug das Umsatzwachstum 4,3 Prozent – die deutschen Firmen bildeten hier mit 1,2 Prozent das Schlusslicht, wie die Wirtschaftsberatung EY mitteilte.

Auch bei der Entwicklung des Gewinns sind die deutschen Konzerne der große Verlierer: US-Firmen kamen auf 8,1 Prozent Wachstum, asiatische Firmen sogar auf 9,8 Prozent. Europas Großkonzerne steigerten ihren Gewinn um 3,9 Prozent – während die deutschen Firmen zehn Prozent verloren. afp